

Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Kommunales

Narr, Ulrich Telefon: 07071-204-1700

Fachbereich Kunst und Kultur

Waizenegger, Dagmar Telefon: 07071-204-1737

Gesch. Z.: 10/

Vorlage

131/2023

Datum

24.05.2023

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im	Ortsbeirat Lustnau
zur Vorberatung im	Ortsbeirat Nordstadt
zur Vorberatung im	Ortsbeirat Südstadt
zur Vorberatung im	Verwaltungsausschuss
zur Behandlung im	Gemeinderat

Betreff:	Umbenennung der Eduard-Haber-Straße, der Niethammerstraße und der Albrechtstraße
Bezug:	Vorlagen 18/2023, 18a/2023, 26/2023

Anlagen:

Beschlussantrag:

1. Es wird ein Anhörungsverfahren der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer der Eduard-Haber-Straße zu einer möglichen Umbenennung der Eduard-Haber-Straße eingeleitet.
2. Es wird ein Anhörungsverfahren der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer der Niethammerstraße zu einer möglichen Umbenennung der Niethammerstraße eingeleitet.
3. Es wird ein Anhörungsverfahren der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer der Albrechtstraße zu einer möglichen Umbenennung der Albrechtstraße eingeleitet.

Finanzielle Auswirkungen

Für das Anhörungsverfahren fallen in erster Linie Portokosten an. Entscheidet sich der Gemeinderat für eine Umbenennung, entstehen Kosten für neue Straßenschilder und ggf. die Übernahme von Kosten der betroffenen Anliegerinnen und Anlieger.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Anlässlich eines Antrags der Fraktion „Die FRAKTION – PARTEI, DiB, Huhn“ initiierte die Verwaltung ein mehrstufiges Verfahren, in dem die Tübinger Straßennamen einer Gesamtbetrachtung unterzogen, kritische Biografien wissenschaftlich bearbeitet und von einer siebenköpfigen Expert_innenkommission auf Grund eines Bewertungsschemas beurteilt wurden. Insgesamt wurden 18 Straßennamen näher untersucht. Die 18 Namensgeber_innen wurden in thematische Cluster gegliedert und von den Mitgliedern der Kommission noch einmal einer näheren Betrachtung unterzogen. In mehreren Sitzungen diskutierte die Kommission die Ergebnisse, die Mitglieder gaben ihre individuellen Stellungnahmen ab.

Die Kommission setzte sich folgendermaßen zusammen:

- Prof. Bernd Grewe, Institut für Geschichtsdidaktik und Public History, Universität Tübingen
- PhD Dr. Johannes Großmann, Institut für Zeitgeschichte, Universität Tübingen
- Dr. Regina Keyler, Leiterin des Archivs der Universität Tübingen
- Prof. Silke Mende, Historisches Seminar Neuere und Neueste Geschichte, Universität Münster
- Prof. Roland Müller, ehemaliger Leiter Stadtarchiv Stuttgart
- Prof. Boris Nieswand, Institut für Soziologie, Universität Tübingen
- Udo Rauch, Leiter Stadtarchiv Tübingen

Die Verwaltung beauftragte die Kommission auch, auf der Basis ihrer Untersuchung und nach von ihr zu entwickelnden Bewertungskriterien Empfehlungen für den Gemeinderat und die Ortschaftsräte abzugeben.

Insgesamt empfiehlt die Kommission in der Kernstadt und den Ortsteilen sechs Straßen zur Umbenennung. Dabei empfiehlt sie für die Kernstadt die Umbenennung

- der Eduard-Haber-Straße in Lustnau,
- der Niethammerstraße in der Nordstadt
- sowie der Albrechtstraße in der Südstadt.

Die Entscheidung über die jeweilige Umbenennung ist vom Gemeinderat zu treffen.

Die Verwaltung und der Gemeinderat haben mit der Untersuchung der Kommission eine zuverlässige Grundlage für die weiteren Diskussionen und Entscheidungen erhalten. Die methodische Vorgehensweise der Kommission sowie die wissenschaftliche Seriosität und die Integrität der einzelnen Kommissionsmitglieder stehen dabei für die Verwaltung außer Frage, die Ergebnisse und Argumentationen sind plausibel und schlüssig.

Dennoch folgt die Verwaltung den Empfehlungen der Kommission nicht in allen Fällen. Dabei kommt sie jedoch nicht aus prinzipiellen, sondern lediglich aus graduellen Gründen zu einer anderen Einschätzung.

2. Sachstand

2.1. Bericht der Kommission zur Überprüfung der Tübinger Straßennamen

In ihrem Abschlussbericht vom Januar 2023 empfiehlt die Kommission zur Überprüfung der Tübinger Straßennamen die Umbenennung der Eduard-Haber-Straße, der Niethammerstraße und der Albrechtstraße (siehe Vorlage 18a/2023). Der Bericht wurde in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales am 9. Januar 2023, vorgestellt. Zudem wurde der Bericht durch Mitglieder der Kommission und der Verwaltung in einer öffentlichen Veranstaltung am 28. Februar 2023 vorgestellt.

In ihrem Abschlussbericht legt die Kommission ausführlich dar, wie sie zu Ihrer jeweiligen Einschätzung und Empfehlung gekommen ist. In der Zusammenfassung stellen sich die Biografien sowie die Abwägung der Kommission zu den drei betreffenden Straßen folgendermaßen dar:

2.2. Eduard-Haber-Straße

2.2.1. Benennung durch den Gemeinderat

Die Straße wurde 1936 von einem nationalsozialistisch dominierten Gemeinderat nach Haber benannt, um ihn „als Kolonialvorkämpfer und Vorkämpfer für die nationale Erhebung, der heute noch in vorderster Front Dienst für Volk und Vaterland leistet“, zu ehren.

2.2.2. Kurzbiografie

Eduard Haber (1866–1947) war für das Reichskolonialamt von 1901 bis 1919 in verschiedenen Funktionen tätig. Er war u.a. stellvertretender Gouverneur in Deutsch-Ostafrika (1905–1906). 1914 wurde er Stellvertreter des Gouverneurs des damaligen Deutsch-Neuguinea. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs Verteidigung der Kolonie gegen australische Truppen unter seiner Führung und durch ihn organisiert, Kapitulation im September desselben Jahres. 1919 Oberbefehlshaber eines Freikorps in Berlin(-Halensee). Präsident des Reichsausgleichsamts (1920–1923). Ab 1928 Dozent für Kolonialrecht und internationale Kolonialpolitik sowie für internationale Rohstoffwirtschaft an der Universität Tübingen. Mitunterzeichner des Aufrufs „Deutsche Hochschullehrer für Hitler“ (1932). Mitglied im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), dort Führer der Motorstaffel V/M 65 (ab 1932 oder 1935). Mitglied im NS-Rechtswahrerbund (1934–1939), im NS-Lehrerbund, in der Reichsfachschaft Hochschullehrer (ab 1934). Vertrauensmann des NSD-Dozentenbundes, wirtschaftswissenschaftliche Abteilung sowie Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV, 1935). 1936 Ehrensensator der Universität Tübingen. NSDAP-Mitglied (ab 1937).

2.2.3. Abwägung und Empfehlung der Kommission

Während Habers Tätigkeit in der Kolonialverwaltung Deutsch-Ostafrikas schlug die deutsche ‚Schutztruppe‘ unter Mithilfe einheimischer Hilfstruppen den sogenannten Maji-Maji-Aufstand nieder. Die dabei gewählte Strategie zielte darauf, den Aufständischen durch Plünderung und die Vernichtung landwirtschaftlicher Produktionsflächen ihre wirtschaftliche Basis zu entziehen. Die Forschung geht heute von bis zu 300.000 Opfern durch Kriegshandlungen und Hunger aus.

Als Lehrbeauftragter an der Universität Tübingen engagierte sich Haber nicht nur als engagierter Kolonialrevisionist, sondern auch schon vor 1933 als öffentlicher Fürsprecher Hitlers und der NS-Bewegung.

Die Kommission sieht Haber als führenden Repräsentanten der deutschen Kolonialverwaltung. Er war außerdem Freikorpskämpfer, wirkte als überzeugtes Mitglied der NS-Bewegung aktiv an Unrechtsregimen mit und untergrub die demokratische Ordnung. Sein rassistisches Weltbild hat er in Schrift, Wort und Tat dargelegt und propagiert. Die verheerenden Folgen des Kolonialismus für die Einheimischen waren für ihn dabei ebenso offensichtlich wie die Gewalt des Nationalsozialismus gegen politische Gegner und ‚Fremdrassige‘. Mit den ethischen Maßstäben unserer Zeit ist die 1936 ausgesprochene Ehrung nicht zu vereinbaren.

Die Kommission verortet Haber in den ethischen Problemfeldern Kolonialismus, Rassismus, Unterstützung des NS-Regimes und Demokratiefeindlichkeit. Sie empfiehlt die Umbenennung der Straße.

2.3. Niethammerstraße

2.3.1. Benennung durch den Gemeinderat

Die Straße wurde am 8. Oktober 1956, zeitgleich mit der Hofmeisterstraße, der Vöchtingstraße und der Wolfgang-Stock-Straße, ohne nähere Begründung nach Emil Niethammer benannt.

2.3.2. Kurzbiografie

Emil Niethammer (1869–1956) schloss sein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen 1897 mit der zweiten höheren Justizdienstprüfung ab. Amtsrichter in Schwäbisch Gmünd (1901–1905) und Landrichter in Ellwangen (1905–1914). Kriegsdienst, vorwiegend in Frankreich, zum Schluss als Major und Regimentsführer (1914–1918). Kommissarischer Generalstaatsanwalt in Stuttgart (1919). Reichsanwalt (ab 1922). Ankläger im Prozess gegen die Mitglieder der ‚Organisation Consul‘ am Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig (1924). Reichsanwalt/Reichsgerichtsrat am Reichsgericht Leipzig (1930–1937). Dort Mitglied des IV. Strafsenats (1934–1936), der für die Strafsachen mehrerer Oberlandesgerichte sowie für Militärstrafgerichtssachen zuständig war. Äußerte sich positiv zur Verurteilung der militärkritischen Journalisten Carl von Ossietzky und Walter Kreiser, die im sogenannten Weltbühne-Prozess vor dem IV. Strafsenat zu jeweils 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren (1931). Mitglied der amtlichen Kommissionen für die Erneuerung des Strafrechts im Sinne des Regimes (1935–1938). Ehrendoktor der Juristischen Fakultät, Universität Kiel, die wegen ihrer besonderen Nähe zum Nationalsozialismus und ihrer Systemkonformität als ‚Stoßtruppfakultät‘ bezeichnet wurde (1938). Gutachter in der Reichs- und Landesgesetzgebung (1940–1945). Honorarprofessor an der Universität Tübingen für Strafrecht und Strafverfahrensrecht (ab 1944).

Mitglied der Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern (1946/47). Mitglied des Landtags Württemberg-Hohenzollern als Abgeordneter der CDU (1947). Präsident des Oberlandesgerichts Tübingen sowie des Staatsgerichtshofes Württemberg-Hohenzollern (1947–1950). Vorsitzender des Kompetenzgerichtshofes (ab 1948). Mitglied der großen Strafrechtskommission der Bundesrepublik Deutschland (1953).

2.3.3. Abwägung und Empfehlung der Kommission

Niethammers Biografie zeugt von einem weltanschaulich gefestigten antidemokratischen Weltbild über alle Zäsuren deutscher Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hinweg. Bereits im Prozess gegen die ‚Organisation Consul‘ 1924 machte Niethammer aus seiner Abneigung gegen die Weimarer Republik keinen Hehl, obwohl er diese als Reichsanwalt selbst repräsentierte. Durch seine Mitwirkung an der Erneuerung des Strafrechts im Nationalsozialismus beteiligte er sich aktiv an der Aushöhlung grundlegender rechtsstaatlicher Prinzipien und unterstützte dadurch die Verfolgung von politischen Gegnern, Andersdenkenden und Homosexuellen, aber auch von sogenannten ‚Asozialen‘, ‚Gemeinschaftsfremden‘ und ‚Fremdvölkischen‘. Nach dem Krieg setzte er sich mit der Autorität eines Oberlandesgerichtspräsidenten dafür ein, dass die unter seinem Zutun in der NS-Zeit erarbeitete „gesunde Fortentwicklung des Rechts“ nicht grundlegend revidiert wurde. Schuldgefühle oder Reue zeigte er nicht. Stattdessen wirkte er als Abgeordneter und Widersacher Carlo Schmidts in der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Württemberg-Hohenzollern federführend an der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs mit, der zur Spaltung des Verfassungsausschusses führte und wegen seines restaurativen und autoritären Charakters schließlich von der französischen Militärregierung zurückgewiesen wurde. Bis Kriegsende beteiligte er sich als Gutachter in der Reichs- und Landesgesetzgebung. Da Niethammer kein Mitglied der NSDAP gewesen war, überstand er die Entnazifizierung unbeschadet. Trotz seiner prominenten Rolle im Justizwesen während der NS-Zeit und seiner autoritären Ansichten wurde er 1947 zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Tübingen ernannt und war damit automatisch auch Vorsitzender des Staatsgerichtshofs von Württemberg-Hohenzollern.

Die Kommission verortet Niethammer in den ethischen Problemfeldern Demokratiefindlichkeit, Mitwirkung an Justizverbrechen und Mitwirkung am NS-Regime. Sie empfiehlt die Umbenennung der Straße.

2.4. Albrechtstraße

2.4.1. Benennung durch den Gemeinderat

Die Benennung erfolgt 1916 durch den Tübinger Gemeinderat, der, mitten im Ersten Weltkrieg, mehrere Straßen nach „großen Heerführern“ benennt.

2.4.2. Kurzbiografie

Albrecht von Württemberg (1865–1939) war letzter Württembergischer Thronfolger. Nach dem Jurastudium in Tübingen schlug er eine militärische Laufbahn ein. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde ihm die Führung der 4. Armee übertragen, mit der er durch die Ardennen nach Frankreich vorstieß (in Flandern Eingreifen in die Kämpfe um den Ypernbogen). Unter seiner Führung erfolgte der Langemarck-Angriff, bei dem nicht fertig ausgebildete und schlecht ausgerüstete Rekruten ins Maschinengewehrfeuer geschickt wurden (November 1914). Am 22.4.1915 erfolgte unter seiner Führung der erste Giftgasangriff mit Chlorgas bei Ypern. Erhalt des Ordens ‚Pour le Mérite‘ für den Sieg der ihm unterstellten 4. Armee bei Neufchâteau (1915). Ab Ende Februar 1917 Führung der Heeresgruppe im vergleichsweise ruhigen Abschnitt zwischen Metz und der schweizerischen Grenze. 1918 Erklärung des Thronverzichts und Rückzug ins Privatleben. Im Februar 1920 fordern die Alliierten seine Auslieferung als Kriegsverbrecher wegen Deportationen im Frontbereich. Dem wird nicht nachgekommen.

2.4.3. Abwägung und Empfehlung der Kommission

Der erste großflächige Giftgasangriff mit Chlorgas markiert aus historischer Perspektive den Übergang zu einer neuen Form der Kriegführung und zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Die meisten Zeitgenossen waren sich der einschneidenden Bedeutung dieser Entwicklung wohl kaum bewusst. Die Armeeführung handelte hingegen nachweislich mit Kalkül und im Wissen um die verheerenden Wirkungen von Giftgas. Dies galt insbesondere für den Generalstab unter Erich von Falkenhayn, der auf einen Einsatz der von Fritz Haber entwickelten Technologie drängte. Jedoch sperrten sich mehrere der an der Westfront eingesetzten Oberbefehlshaber wie Kronprinz Rupprecht von Bayern aus dezidiert moralischen Gründen gegen eine Verwendung von Giftgas, von der sie außerdem eine gegnerische Vergeltung mit gleichen Mitteln befürchteten. Herzog Albrecht stimmte jedoch am 25. Januar 1915 nachweislich zu, dass der im Einzugsbereich seiner 4. Armee liegende Ypernbogen zum Einsatzort für das Chlorgas bestimmt wurde. Der Angriff selbst wurde zwar von Generalmajor Emil Ilse und General Berthold von Deimling befehligt. Er hätte jedoch ohne die Zustimmung des Oberbefehlshabers Herzog Albrecht nicht stattfinden können.

Herzog Albrecht hat durch sein Handeln in verantwortlicher Position wesentlich dazu beigetragen, dass der Giftgasangriff in dieser Form stattfand und die Entgrenzung der Kriegführung vorangetrieben wurde. Dass diese Entgrenzung zu einem anderen Zeitpunkt und an einem anderen Frontabschnitt auch ohne seine Einwilligung eingeleitet worden wäre, ändert an seiner Verantwortung nichts. Wie andere Oberbefehlshaber hätte sich auch Herzog Albrecht einem Einsatz unter seiner Kommandogewalt widersetzen können. Aus heutiger Sicht wiegen die Folgen des Giftgaseinsatzes so schwer, dass ein Festhalten an der Ehrung ethisch kaum vertretbar erscheint. Dass Herzog Albrecht als Thronfolger eine herausgehobene Persönlichkeit der württembergischen Geschichte war, kann diese ethischen Bedenken ebenso wenig aufwiegen wie die Tatsache, dass er in den 1930er Jahren kritische Distanz zu den Nationalsozialisten wahrte.

Die Kommission verortet Albrecht von Württemberg in den ethischen Problemfeldern Kriegsverbrechen und Militarismus. Die Kommission ist mit einer Mehrheit von vier Stimmen der Meinung, dass die Straße umbenannt werden sollte.

Ein Mitglied der Kommission, Stadtarchivar Udo Rauch, gab in allen Fällen ein Sondervotum ab und sprach sich aus prinzipiellen Gründen gegen Umbenennungen aus, ist aber mit der Vorgehensweise der Kommission und deren wissenschaftlichen Abwägungen einverstanden.

Der Stadtarchivar plädiert u.a. für eine Beibehaltung der Namen, weil „diese Benennungen als lehrreiche Beispiele gelten können, besonders für den Umgang der Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg mit der eigenen unmittelbaren Vergangenheit.“ Zudem erscheint ihm eine kontinuierliche Vermittlung der jeweiligen schwierigen Biografien und der Umgang damit wichtiger als der einmalige Akt der Umbenennung. „Besser ist es, die Umstände der Benennung im Gedächtnis zu behalten, die Ursachen öffentlich zu brandmarken und durch Kommentare kenntlich zu machen.“ Zudem weist er auf die teils mangelhafte bzw. unzureichende Quellenlage hin; individuelle Verstrickung, Verantwortung und Handlungsweisen lassen sich so nicht immer eindeutig und zweifelsfrei belegen, eine abschließende und gut begründete Bewertung lässt sich auf dieser Basis nicht vornehmen.

Zudem hat der Stadtarchivar zu Recht angemerkt, dass unsere moralischen und ethischen Ansprüche dem ständigen Wandel unterworfen sind und schon in einigen Jahren wieder andere Maßstäbe gelten könnten.

Die Verwaltung erkennt dieses Sondervotum und seine Argumentation an. Kritische Straßennamen, das zeigt auch die Diskussion in anderen Städten, werden durch die Beibehaltung und Kommentierung im Gespräch gehalten und geben die Möglichkeit sich in einem fortlaufenden Prozess mit ihnen auseinanderzusetzen. Straßenumbenennungen hingegen sind meist nach dem Akt der Umbenennung nicht mehr im gesellschaftlichen Diskurs präsent. Letztendlich handelt es sich bei jedem Einzelfall um einen schwierigen Abwägungsprozess, der von den politischen Gremien entschieden werden muss.

2.5. Rechtlicher Rahmen zur Benennung und Umbenennung von Straßen

Nach § 5 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg ist die Benennung von Straßen Selbstverwaltungsangelegenheit der Gemeinden. Gemäß § 3 Absatz 1 Ziffer 15 der Tübinger Hauptsatzung entscheidet der Gemeinderat über eine Umbenennung von Straßen, wenn diese nicht in einem Teilort liegen.

Dabei haben die Anliegerinnen und Anlieger (Anwohnerinnen und Anwohner, Eigentümerinnen und Eigentümer) kein gesetzlich verankertes Mitspracherecht. Die Betroffenen haben allerdings ein einklagbares Recht auf eine fehlerfreie Ermessensentscheidung. Daher sind diese vor einer endgültigen Entscheidung zu hören und deren Argumente für und gegen eine Umbenennung abzuwägen.

2.6. Grundsätze zur Benennung von Straßen

Der Gemeinderat hat am 9. März 2023 die Grundsätze zur Benennung von Straßen beschlossen (siehe Vorlage 26/2023). Darin ist unter anderem auch das Verfahren beschrieben, das bei einer Umbenennung erfolgen soll. Demnach erfolgt zunächst ein Grundsatzbeschluss des Gremiums, dass das Verfahren zur Umbenennung eingeleitet werden soll. Im Anschluss sind die Anliegerinnen und Anlieger zu hören. Danach wägt das Gremium ab und entscheidet abschließend, ob eine Straße umbenannt wird. Kommt es zu einer Umbenennung sollen die Anliegerinnen und Anlieger erneut gehört werden, um sich zu den vorgeschlagenen neuen Namen äußern zu können.

2.7. Folgen einer Umbenennung für die Anliegerinnen und Anlieger

Die Umbenennung einer Straße bedeutet für die Anliegerinnen und Anlieger Aufwand. Die Verwaltung versucht diese dabei so gut als möglich zu unterstützen. Die Ummeldung bei der Stadt erfolgt von Amts wegen, zahlreiche Behörden, Institutionen und Firmen werden von der Stadt zentral über die Umbenennung informiert. Darüber hinaus stellt die Stadt Musterbriefe zur Verfügung und hilft bei Bedarf einzelnen Personen bei den erforderlichen Schritten. Zudem werden sämtliche entstehenden Kosten den Betroffenen auf Nachweis ersetzt.

3. Vorschlag der Verwaltung

3.1. Eduard-Haber-Straße

Die Verwaltung schlägt vor, der Empfehlung der Kommission zu folgen und das Verfahren zur Umbenennung der Eduard-Haber-Straße einzuleiten.

Als Grund für die Umbenennung sieht die Verwaltung insbesondere Habers Führungspositionen in der deutschen Kolonialverwaltung während der Niederschlagung des sogenannten Maji-Maji-Aufstands, die 300.000 Menschenleben kostete. Haber war zudem überzeugter Nationalsozialist und hat das NS-Regime als Mitglied zahlreicher Parteiorganisationen unterstützt.

Eine Initiative aus Anwohnerinnen und Anwohner der Eduard-Haber-Straße haben erklärt, dass sie einer Umbenennung der Straße nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Sie schlagen für eine Neubenennung in Anlehnung an den alten Flurnamen „Im Pflegersgarten“ die Straßenbezeichnung „In den Gärten“ vor. Aus Sicht der Verwaltung ist dieser Vorschlag jedoch kritisch zu bewerten, da es in Lustnau bereits die Straße „In den Fischergärten“ gibt. In den Grundsätzen zur Benennung von Straßen ist festgelegt, dass gleichklingende Namen, die zu Verwechslungen führen, vermieden werden sollen.

3.2. Niehammerstraße

Die Verwaltung schlägt vor, der Empfehlung der Kommission zu folgen und das Verfahren zur Umbenennung der Niethammerstraße einzuleiten.

Emil Niethammers gesamte Biografie und seine gesamte berufliche Laufbahn sind von einer antidemokratischen Haltung geprägt. Als Anklagevertreter gegen die Mitglieder der „Organisation Consul“, die die Morde an Erzberger und Rathenau zu verantworten hatten, spielte Niethammer die Rolle der rechtsterroristischen Vereinigung herunter. Die Erneuerung des Strafrechts in der NS-Zeit erfolgte unter Niethammers maßgeblicher Mitwirkung. Er unterstützte dadurch die Verfolgung von politischen Gegnern, Andersdenkenden und Homosexuellen, aber auch von sogenannten ‚Asozialen‘, ‚Gemeinschaftsfremden‘ und ‚Fremdvölkischen‘.

3.3. Albrechtstraße

Die Verwaltung schlägt vor, der Empfehlung der Kommission zu folgen und das Verfahren zur Umbenennung der Albrechtstraße einzuleiten.

Die intensive Diskussion innerhalb der Kommission und die Stimmen von drei Kommissionsmitgliedern gegen eine Umbenennung haben gezeigt, dass die konkrete persönliche Verantwortlichkeit Albrechts innerhalb der militärischen Kommandostrukturen schwer zu bewerten ist. Dennoch empfiehlt die Verwaltung in der Abwägung und im Vergleich zu anderen kritischen Biografien die Umbenennung, da Albrecht in das Befehlssystem eingebunden war und damit ein hohes Maß an Verantwortung trug. Es gab auch Oberbefehlshaber wie Ruprecht von Bayern, die sich geweigert haben, Gas einzusetzen. Dieser erste Giftgasangriff der Kriegsgeschichte war eine Zäsur. Insgesamt kamen durch den Einsatz von Giftgas im Ersten Weltkrieg Tausende von Menschen ums Leben. Viele weitere erlitten dauerhafte gesundheitliche Schäden. Der Angriff war damals schon ein Kriegsverbrechen: die Haager Konvention von 1907 verbot, den Einsatz von „Gift oder vergifteten Waffen“.

Die Straßennamen im Gebiet rund um die Albrechtstraße tragen vielfach Namen von württembergischen Herzögen. In den Grundsätzen zur Benennung von Straßen ist festgelegt, dass zusammenhängende Gebiete durch zusammenhängende Namensgebiete, etwa durch die Verwendung von Namen einer bestimmten Thematik, dokumentiert werden sollen. In einem späteren Anhörungsverfahren sollen die Anwohnerinnen und Anwohner daher auch gezielt nach Namen gefragt werden, die den historischen Charakter des Viertels

bewahren. Es kamen bereits auch Namensvorschläge mit Persönlichkeiten, die den Vor- oder Nachnamen Albrecht tragen.

3.4. Nächste Verfahrensschritte

Die Verwaltung leitet nach dem entsprechenden Beschluss des Gemeinderats die Anhörungsverfahren der Anliegerinnen und Anlieger zur Umbenennung der betroffenen Straßen ein. Dabei werden die Anliegerinnen und Anlieger auch gebeten, ihre Gründe darzulegen, wenn sie sich gegen eine Umbenennung aussprechen. Als Anlage zum Schreiben wird der Abschnitt aus dem Bericht der Kommission zu dem Namensgeber der jeweiligen Straße beigelegt. Über das Ergebnis wird der Gemeinderat informiert, der dann abschließend über eine Umbenennung entscheidet. Entscheidet sich der Gemeinderat nach der Anhörung für die Umbenennung wird das Verfahren für die Auswahl eines neuen Namens begonnen.

4. Lösungsvarianten

4.1. Das Verfahren zur Umbenennung der Eduard-Haber-Straße wird nicht eingeleitet.

4.2. Das Verfahren zur Umbenennung der Niethammerstraße wird nicht eingeleitet.

4.3.1. Das Verfahren zur Umbenennung der Albrechtstraße wird nicht eingeleitet.

4.3.2 Auf Grund der Komplexität des Falles und der noch ausstehenden vertieften Forschung zu Albrechts Biografie und seiner Verantwortung während des Krieges wird an der Albrecht-Straße eine Kommentierung bzw. ein Knoten angebracht.